



Bewerbungsbedingungen für Vergabeverfahren oberhalb der Schwellenwerte (§ 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB)

Inhalt

1	Allgemeine Hinweise	2
2	Einschlägige Rechtsvorschriften.....	2
3	Angebotsbedingungen	2
3.1	Form	2
3.2	elektronische Form	2
3.3	Fristen.....	2
3.4	Angebotsinhalt.....	3
4	Nebenangebote/mehrere Hauptangebote	4
5	Bietergemeinschaften	4
6	Unterauftragnehmer.....	4
7	Bevorzugte Bewerber	4
8	Eignungsnachweise	5
9	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen.....	5
10	Mitteilungen und Bekanntmachungen über die Zuschlags-/Auftragserteilung	5
10.1	Vorinformation über die Zuschlagserteilung (§ 134 GWB)	5
10.2	Nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 62 VgV)	5
10.3	Bekanntmachung über die vergebenen Aufträge (§ 39 VgV).....	5
11	Kosten der Angebotserstellung.....	6
12	Hinweise zum Datenschutz	6
13	Nachprüfstelle	6

Die Bewerbungsbedingungen enthalten Hinweise für die Erstellung und Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten.

1 Allgemeine Hinweise

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder offensichtliche Fehler, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Abgabe des Teilnahmeantrages / des Angebotes in Textform ausreichend genau, darauf hinzuweisen. Diese Anfragen sind über die Vergabeplattform www.dtyp.de einzureichen. Die Versendung der Bieterinformationen durch die Vergabestelle erfolgt ebenfalls über diese Vergabeplattform.

2 Einschlägige Rechtsvorschriften

Auf das Vergabeverfahren finden im Wesentlichen folgende Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung Anwendung:

1. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
2. Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV)
3. Preisrecht VO PR 30/53 - Auf den Vertragspreis findet die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen Anwendung.

3 Angebotsbedingungen

3.1 Form

Für den Teilnahmeantrag / das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.

3.2 elektronische Form

Voraussetzung für die Abgabe eines elektronischen Teilnahmeantrages / eines elektronischen Angebotes ist die Verwendung einer elektronischen Signatur und die Registrierung auf der elektronischen Vergabeplattform des Auftraggebers www.dtyp.de. Registrierte Nutzer werden über dieses Portal über aktuelle Veränderungen im Verfahren informiert und vermeiden dadurch vergebliche Aufwendungen.

Der Teilnahmeantrag / das Angebot sollte einen Umfang von 200 MB nicht überschreiten. Alle erforderlichen Dokumente sollten in einem Sendevorgang zur Plattform übertragen werden. Kurze Zeit nach der Absendung des Teilnahmeantrages / des Angebotes kann der Bieter eine elektronische Eingangsbestätigung abrufen. Sollte dem Bieter trotz Abruf keine Eingangsbestätigung zugehen, sollte er Kontakt mit der Hotline aufnehmen:

Telefon: 0900-1-267463

(1,49 €/pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 08.00 bis 18.00 Uhr

E-Mail: support@cosinex.de

Auch bei elektronischen Angeboten ist der vom Auftraggeber bereitgestellte Angebotsvordruck zu nutzen.

Der Teilnahmeantrag / das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf in den Vergabeunterlagen benannten Teilnahmefrist / der Angebotsfrist über die Vergabeplattform www.dtyp.de der Vergabestelle einzureichen hochzuladen.

3.3 Fristen

3.3.1 Frist für Bieteranfragen

Da die Auftraggeberin gehalten ist, rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen spätestens 6 Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist / Angebotsfrist zu erteilen, sollten entsprechende Auskünfte bis spätestens 8 Tage vor Abgabe des Teilnahmeantrages / des Angebotes beim Auftraggeber angefordert werden. Spätere Anfragen können unberücksichtigt bleiben. Die Bieteranfragen sind über www.dtyp.de einzustellen und werden hierüber auch beantwortet.

3.3.2 Teilnahmefrist / Angebotsfrist

Der Teilnahmeantrag / das Angebot muss vor Ablauf der Teilnahme- / Angebotsfrist über www.dtyp.de hochgeladen sein. Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen des Teilnahmeantrages / des Angebotes.

Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist / der Angebotsfrist kann der Teilnahmeantrag / das Angebot auf der Vergabeplattform www.dtv.de (Bereich Angebote) zurückgezogen werden.

3.3.3 Bindefrist

Die Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann in dieser Zeit weder geändert noch zurückgezogen werden.

3.4 Angebotsinhalt

Das Angebot muss vollständig sein; es muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Ist im Leistungsverzeichnis ausnahmsweise eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet worden, gilt das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als angeboten, wenn der Bieter keine Angaben macht.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf gesonderter Anlage beigelegt werden. Entsprechende Erläuterungen dürfen jedoch die in den Vergabeunterlagen festgelegten Bedingungen nicht ändern.

3.4.1 Muster, Proben, Teststellungen

Muster und Proben müssen, als zum Angebot gehörig, gekennzeichnet sein.

Entwürfe und Ausarbeitungen sowie Muster und Proben, die bei der Prüfung der Angebote nicht verbraucht werden, gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über, soweit in der Angebotsaufforderung nichts Gegenteiliges festgelegt ist. Die Kosten für die Rückgabe trägt der Bieter.

Teststellungen sind im Rahmen der Angebotswertung gemäß der Vergabeunterlagen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

3.4.2 Schutzrechte

Der Bieter hat auf Verlangen im Angebot anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder Anderen beantragt sind.

Der Bieter hat stets anzugeben, wenn er beabsichtigt Angaben aus einem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten.

Im Übrigen gilt § 13 der Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Universität Leipzig.

3.4.3 Skonto

Sofern eine Skontofrist durch den Bieter eingeräumt wird, hat diese mindestens 10 Tage zu betragen.

Das Einräumen von Skonti fließt nicht in die Bewertung der Angebote ein.

3.4.4 Allgemeine Geschäftsbedingungen

Es wird darauf hingewiesen, dass Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters grundsätzlich ausgeschlossen sind.

3.4.5 Sprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

3.4.6 Bewerber anderer EU-Mitgliedsstaaten

Bewerber aus anderen EU-Mitgliedsstaaten haben die besonderen umsatzsteuerlichen Regelungen für den innergemeinschaftlichen Erwerb zu beachten. Die in Rechnung zu stellende oder abzuführende Umsatzsteuer wird grundsätzlich mit in die Wertung einbezogen.

4 Nebenangebote/mehrere Hauptangebote

Nebenangebote sind Angebote, die zwar von den Vertragsunterlagen abweichen, aber geeignet sind das mit der Vergabe verfolgte Ziel zu erreichen. Fehlt eine Angabe zur Zulässigkeit von Nebenangeboten in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen, dann sind keine Nebenangebote zugelassen.

Nebenangebote müssen als solche deutlich gekennzeichnet und beschrieben werden. Eine gesonderte Anlage ist zu verwenden; der Angebotsvordruck darf nicht zur Abgabe des Nebenangebotes verwendet werden. Der Angebotsvordruck ist lediglich mit einem Bezugshinweis auf das Nebenangebot zu versehen und zum Zwecke der Anerkennung der Vergabebedingungen vom Bieter zu unterschreiben. Bei Einreichung von Nebenangeboten sind die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Mindestbedingungen zu beachten.

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht zulässig.

5 Bietergemeinschaften

Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag / ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfalle erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die Bildung oder Änderung einer Bietergemeinschaft nach Ablauf der Angebotsfrist ist unzulässig und führt zum Ausschluss des Gemeinschaftsangebotes. Im Fall eines vorgeschalteten Teilnahmewettbewerbs ist die Bildung oder Änderung einer Bietergemeinschaft bereits nach Ablauf der Teilnahmefrist unzulässig.

6 Unterauftragnehmer

Unterauftragnehmer (Subunternehmer) sind rechtlich selbstständige Unternehmen, die Teile der ausgeschriebenen Leistung für die Hauptauftragnehmer erbringen. Unterauftragnehmer werden nicht Vertragspartner des öffentlichen Auftraggebers. Der Hauptauftragnehmer ist für die Vertragserfüllung gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber allein verantwortlich.

Bei vollständiger oder teilweiser Übertragung der ausgeschriebenen Leistung auf Unterauftragnehmer sind diese zu benennen und Art und Umfang des zu übertragenden Leistungsteils darzustellen.

Mit der Unterzeichnung des Angebotsformulars erklärt der Bieter, dass ihm zum Zeitpunkt der Auftragserfüllung die erforderlichen Kapazitäten und Mittel der Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen werden und dass diese sich ihm gegenüber zur Leistungserbringung im Falle der Zuschlagserteilung verpflichten.

Der Bieter ist verpflichtet, seine Unterauftragnehmer vor oder bei Vertragsschluss davon zu unterrichten, dass die VOPR 30/53 auf den Unterauftrag Anwendung findet.

Die Bieter sind verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren. Sie müssen den Verträgen mit dem Unterauftragnehmer die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde legen.

Dem Unterauftragnehmer ist auf Verlangen der Auftraggeber zu benennen.

Dem Unterauftragnehmer dürfen keine ungünstigeren Bedingungen insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen gestellt werden, als zwischen Bieter und Auftraggeber vereinbart sind.

7 Bevorzugte Bewerber

Bieter, die als bevorzugte Bewerber berücksichtigt werden sollen, müssen den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, mit der Angebotsabgabe führen; wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bewerber behandelt. Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter, denen bevorzugte Bewerber als Mitglieder angehören, haben zusätzlich

den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben.

Als bevorzugte Bewerber kommen in Betracht: Anerkannte Werkstätten für Behinderte und Blinde; Ausbildungsbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen.

8 Eignungsnachweise

Die in der Bekanntmachung zur Ausschreibung geforderten Nachweise zur Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sind vom Bieter mit der Angebotsabgabe bzw. vom Bewerber mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Das Fehlen geforderter Nachweise führt zum Ausschluss des Angebotes. Der Auftraggeber fordert Unterlagen, in Anwendung des § 56 Abs. 2 Satz 2 VgV, nicht nach.

Für den Nachweis genügen i.d.R. Eigenerklärungen des Bieters, die abschließende Auflistung ist den „Angaben zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“ zu entnehmen.

9 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

10 Mitteilungen und Bekanntmachungen über die Zuschlags-/Auftragserteilung

10.1 Vorinformation über die Zuschlagserteilung (§ 134 GWB)

Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, unverzüglich in Textform über die Vergabeplattform www.dtv.de über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote und über den frühestmöglichen Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Bieter gegangen ist.

Ein Vertrag wird frühestens 15 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen. Diese Frist verkürzt sich gem. § 134 Abs. 2 GWB auf 10 Kalendertage, da die Information auf elektronischem Weg versendet wird. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle.

10.2 Nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 62 VgV)

Die Vergabestelle unterrichtet jeden Bewerber und jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die Zuschlagserteilung. Gleiches gilt für die Entscheidung, das Vergabeverfahren aufzuheben oder erneut einzuleiten einschließlich der Gründe dafür, sofern eine Auftragsbekanntmachung oder Vorinformation veröffentlicht wurde.

Die Vergabestelle teilt unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrags den nicht berücksichtigten Bewerbern/Bietern die Gründe für die Ablehnung ihres Teilnahmeantrags/Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

10.3 Bekanntmachung über die vergebenen Aufträge (§ 39 VgV)

Die Vergabestelle macht über den vergebenen Auftrag Mitteilung innerhalb von 30 Tagen nach der Auftragsvergabe an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Unter den in § 39 Abs. 6 VgV genannten Voraussetzungen brauchen bestimmte Angaben nicht mitgeteilt werden.

11 Kosten der Angebotserstellung

Für das Bearbeiten und Einreichen des Angebotes wird eine Entschädigung ausnahmsweise nur gewährt, sofern die individuelle Arbeitsleistung über die übliche Vorbereitung eines Angebots hinausgeht und sie in der Aufforderung zur Angebotsabgabe ausdrücklich angegeben ist.

12 Hinweise zum Datenschutz

In den Angebotsunterlagen enthaltene personenbezogene Daten werden ausschließlich zum Zwecke des Vergabeverfahrens verwendet und verarbeitet.

Im Übrigen gilt § 19 der Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Universität Leipzig.

13 Nachprüfstelle

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen können sich Bewerber oder Bieter an folgende Stelle wenden:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig